



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 14.06.2022**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:33 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Andreas Scholtyssek	Stellvertretender Ausschussvorsitzender CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Dr. Meerheim
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme ab 16.40 Uhr
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreter für Herrn Dr. Lochmann
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter für Finanzen und Personal
Thomas Stimpel	Referent GB I
Corinna Wolff	Leiterin Fachbereich Finanzen
André Bartel	Referent GB II
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Becker	Controllerin GB III
Kirsten Schneider	Leiterin Team Finanzen / Fördermittel
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin GB IV
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schule
Christin Blaßfeld	Stellvertretende Protokollführerin

Gast

Vinzenz Schwarz	HAVAG, Geschäftsführung
-----------------	-------------------------

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Einwohnerfragestunde

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Scholtyssek**, eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Fragesteller 1 zu Sponsoringvereinbarungen

Fragesteller 1 bezog sich auf den Beschluss VII/2022/03944 aus der Sitzung des Stadtrates vom 27.04.2022 zur Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen von acht Wohngesellschaften und der HWS.

Hinsichtlich der Sponsoringvereinbarungen der HWS und der HWG wies **Fragesteller 1** darauf hin, dass die geleisteten Zahlungen in die Betriebsführung eingebaut werden können und dies eine Belastung der Zahlungen für Wasser, Müllentsorgung etc. sowie der Zahlung von Mieten bedeuten kann.

Fragesteller 1 fragte, worin bei den beiden benannten Unternehmen die Gegenleistung des Sponsorings in entsprechender Höhe der ausgewiesenen Summen liegt (z. B. Aufwertung von Wohnumfeldern).

Fragesteller 1 bat darüber hinaus um Darstellung der Abgrenzung dieser Maßnahme zu einer sogenannten verdeckten Gewinnentnahme.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass eine schriftliche Beantwortung zu.

Da es keine weiteren Einwohnerfragen gab, beendete **Herr Scholtyssek** die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Scholtyssek**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Scholtyssek schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 6.2

Antrag der CDU-Fraktion zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2022/03649

→ **wird durch die antragstellende Fraktion vertagt**

TOP 6.3

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2022/03934

→ **wird durch die antragstellende Fraktion vertagt**

TOP 6.5

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Vorstellung der Eckwerte des Haushalts 2023 und zur zukünftigen Behandlung der Haushaltsmittel

Vorlage: VII/2022/03554

→ **wird durch die antragstellende Fraktion vertagt**

TOP 6.6

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Energie- und Wärmeversorgung in Halle

Vorlage: VII/2022/03763

→ **wird durch die antragstellende Fraktion vertagt**

TOP 6.7 + Änderungsanträge TOP 6.7.1 und 6.7.2

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften

Vorlage: VII/2022/03764

→ **wird durch die antragstellende Fraktion vertagt**

TOP 6.8

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)

Vorlage: VII/2022/03903

→ **wurde im Planungsausschuss durch die antragstellende Fraktion bis Dezember vertagt**

Darüber hinaus bat **Herr Bürgermeister Geier** im Namen der Verwaltung um Vertagung des

TOP 6.9

Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP) und MitBürger & Die PARTEI zur Unterstützung des ASD

Vorlage: VII/2022/03998

Frau Dr. Schaarschmidt begründete diesen Vorschlag mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung und bat um Vertagung auf November 2022.

Herr Krause fragte, ob die Stadträt*innen bei dem Prozess eingebunden werden und bat um Übersendung der Ergebnisse des Workshops im Vorfeld der weiteren Beratungen.

Frau Dr. Schaarschmidt sagte, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses entsprechend einbezogen werden. Ein Termin für den Workshop ist bislang nicht bekannt.

Frau Mark sprach sich gegen die Vertagung aus, da die Beratung des Antrages unabhängig von dem geplanten Workshop erfolgen kann und als Grundlage für weitere Gespräche dient.

Frau Ranft schloss sich den Ausführungen von Frau Mark an und wies darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss als Fachausschuss bereits seine Zustimmung erteilt hat.

Herr Scholtyssek stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung im Folgenden zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis GOA: mehrheitlich abgelehnt

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.05.2022
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Bau einer Flugzeugabstellhalle (Rundhangar) der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: VII/2022/04092
- 5.2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2021
Vorlage: VII/2022/04012
- 5.3. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im FB Sport
Vorlage: VII/2022/04123
- 5.4. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/04135
- 5.5. Betriebsführungsvertrag der Parkeisenbahn Peißnitzexpress
Vorlage: VII/2022/04002

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, MitBürger & Die PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE zur Unterstützung der Forderungen des Behindertenbeirats zu mehr Barrierefreiheit auf dem Marktplatz
Vorlage: VII/2022/04081
- 6.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03649
VERTAGT
- 6.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03934
VERTAGT
- 6.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Änderung einer Baulast auf dem Grundstück des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03811
- 6.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Vorstellung der Eckwerte des Haushalts 2023 und zur zukünftigen Behandlung der Haushaltsmittel
Vorlage: VII/2022/03554
VERTAGT
- 6.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Energie- und Wärmeversorgung in Halle
Vorlage: VII/2022/03763
VERTAGT
- 6.7. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften
Vorlage: VII/2022/03764
VERTAGT
- 6.7.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften" (VII/2022/03764)
Vorlage: VII/2022/04080
VERTAGT
- 6.7.2. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Prüfantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften
Vorlage: VII/2022/04242
VERTAGT
- 6.8. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)
Vorlage: VII/2022/03903
VERTAGT
- 6.9. Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP) und MitBürger & Die PARTEI zur Unterstützung des ASD
Vorlage: VII/2022/03998
7. Mitteilungen
- 7.1. Projektanmeldung zur Realisierung des Grundsatzbeschlusses zum prioritären Investitionsvorhaben Campus Neustadt im Rahmen des Strukturwandelprozesses (VII/2021/02790)
Vorlage: VII/2022/04163

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Einnahmen aus dem Betrieb der MMZ-Tiefgarage
Vorlage: VII/2022/04110
 - 8.2. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einer Baulast auf dem Grundstück des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04148
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.05.2022
11. Beschlussvorlagen
 - 11.1. Befristete Niederschlagung
Vorlage: VII/2022/04040
 - 11.2. Befristete Niederschlagung
Vorlage: VII/2022/04045
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
 - 13.1. Information über eine unbefristete Niederschlagung
Vorlage: VII/2022/04042
 - 13.2. Monatlicher Bericht zu personalrechtlichen Angelegenheiten - Mai 2022
Vorlage: VII/2022/04229
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.05.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.05.2022.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse zur Bekanntgabe vor.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Bau einer Flugzeugabstellhalle (Rundhangar) der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin** **Vorlage: VII/2022/04092**

Da es keine Wortmeldungen zur Beschlussvorlage gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
(9 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen)

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zum Gesellschafterbeschluss 01/2022/G der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin im Umlaufverfahren:

Die Gesellschafter der Flugplatzgesellschaft Halle/Oppin beschließen, dass auf der Grundlage des von der Geschäftsführung vorgelegten Konzeptes Hangar 2022, auf dem Grundstück der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin eine Flugzeugabstellhalle (Rundhangar) gebaut wird und beauftragen die Geschäftsführung alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten und die erforderlichen Verträge auf Basis der vorliegenden Wirtschaftlichkeitsrechnung bis zu einer Gesamtsumme von maximal 420.000 € netto abzuschließen.

zu 5.2 **Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA** **BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2021** **Vorlage: VII/2022/04012**

Herr Bürgermeister Geier und Herr Schramm zeigten ihr Mitwirkungsverbot zu dieser Beschlussvorlage an. Herr Schramm nahm an der Abstimmung nicht teil.

Da es keine Wortmeldungen zur Beschlussvorlage gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
(10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Beschlussempfehlung:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2021 entlastet.

**zu 5.3 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im FB Sport
Vorlage: VII/2022/04123**

Frau Dr. Marquardt führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Herr Sehrndt fragte, ob die Sportstätte dem Verein gehört oder lediglich ein Nutzungsentgelt durch den Verein an die Stadt gezahlt wird.

Frau Schneider sagte, dass das Grundstück Eigentum der Stadt ist und der Verein aufgrund eines Mietvertrages entsprechend Miete zahlt. Der Verein wird selber als Bauherr die Maßnahme realisieren und Fördermittel akquirieren. Der gewährte Zuschuss durch die Stadt wird als Investitionszuschuss im städtischen Anlagevermögen aktiviert.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Beschlussvorlage gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
(9 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen)

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften oder Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.42101074.740 1. Motoballclub Halle e.V. / Neubau Motoballplatz
Finanzpositionsgruppe 781* Auszahlungen Investitionszuschuss in Höhe von **202.200 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.42101001.710 Sportförderung (HHPL Seiten 861, 1281)
Finanzpositionsgruppe 783* Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen oder immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von **202.200 EUR**.

**zu 5.4 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/04135**

Frau Dr. Schaarschmidt führte in die Beschlussvorlage ein. Sie erklärte, dass der Stadtverwaltung aus einem Förderprogramm des Landes für Investitionen zum Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder rund eine Million Euro mehr zugehen werden, als ursprünglich vorgesehen war. Um diese Mittel zum Ausbau des Hortangebotes im Haushaltsplan entsprechend zu veranschlagen, bat sie um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Dr. Thomas bezog sich auf die in der Beschlussvorlage vorgesehene Finanzierung bereits begonnener Maßnahmen und fragte, wie dies mit den Kriterien des vorzeitigen Maßnahmebeginns und der Zusätzlichkeit vereinbar ist und ob dies mit dem Land abgestimmt wurde.

Frau Dr. Schaarschmidt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Beschlussvorlage gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
(10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Beschlussempfehlung:

I. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Bildung:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1160)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **1.037.606 EUR**.

II. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **1.037.606 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1160)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **1.037.606 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **1.037.606 EUR**.

zu 5.5 Betriebsführungsvertrag der Parkeisenbahn Peißnitzexpress
Vorlage: VII/2022/04002

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Schwarz das Rederecht erteilt.

Herr Krause sagte, dass die Stadt bisher einen Zuschuss in Höhe von 19.000 Euro gezahlt hat. Mit dem neuen Vertrag wird dieser feste Betrag geändert. Er fragte, wie hoch der Zuschuss auf dieser neuen Grundlage künftig ausfallen wird.

Frau Dr. Radig sagte, dass aufgrund der weltpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen keine verbindliche Aussage dazu getroffen werden kann. Im Vertrag selbst ist eine Passage enthalten, in der vorgesehen ist, die Plus- und Minusbeträge der vergangenen Jahre einmalig in Höhe von 13.000 Euro auszugleichen.

Herr Feigl begrüßte zunächst die Umstellung der Parkeisenbahn auf einen elektrischen Betrieb, zeigte sich jedoch verwundert über die hohen zu erwartenden Kosten in Höhe von 360.000 Euro. Er fragte vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltssituation, ob es alternative Lösungen dazu gibt und bat um Erklärung, warum die Inbetriebnahme erst im Jahr 2030 erfolgen soll, obwohl eine Anschaffung für das Jahr 2027 geplant ist.

Herr Schwarz erklärte, dass die Parkeisenbahn bereits seit 1960 betrieben wird und einst als Pioniereisenbahn entwickelt wurde. In der Regel sind Pioniereisenbahnen aus gebrauchtem Material entstanden, als ein Zusammentrag aus alten Grubenlokomotiven und -waggons.

Durch die HAVAG und ehrenamtlich Tätige des Vereins wurden bereits viele Fahrzeuge grundhaft instandgesetzt. Unter diesen Fahrzeugen gibt es eine Diesel-Lokomotive, die aufgrund ihres Verschleißzustandes und ihrer schlechten Fahreigenschaften bis maximal 2029 betrieben werden kann. Eine Reparatur ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar. Aus umwelttechnischen Gründen ist daher die Ersatzbeschaffung einer Akku-Lokomotive geplant. Die Ausschreibung ist für das Jahr 2027 vorgesehen, sodass diese zum 70. Geburtstag der Parkeisenbahn im Jahr 2030 in Betrieb genommen werden kann.

Bezüglich des zeitlichen Ablaufs wies **Herr Schwarz** darauf hin, dass die Produktion erst nach Auftragserteilung beginnt. Diese erfolgt bei Schienenfahrzeugen individuell, sodass bei einer Auftragserteilung mit einer geleisteten Anzahlung in 2027 voraussichtlich erst im Jahr 2029 mit einer Lieferung zu rechnen ist und der Betrieb somit, wie geplant, in 2030 aufgenommen werden kann.

Zur Umsetzung des Vorhabens wurde die Idee einer Marketingkampagne entwickelt, um über Crowdfunding Finanzmittel zu akquirieren.

Herr Feigl sagte, dass die in der Vorlage benannten 360.000 Euro vollumfänglich im städtischen Haushalt veranschlagt werden und fragte, ob alternative Finanzierungsmöglichkeiten im Vorfeld eingehender geprüft werden können, um den städtischen Haushalt nicht mehr als nötig zu belasten.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die HAVAG als Betriebsführerin der Parkeisenbahn im Vorfeld eine detaillierte und technisch ausgewogene Abwägung vorgenommen hat, um das derzeitige Angebotsniveau des Peißnitzexpresses auch künftig beizubehalten.

Frau Ranft schloss sich an die Ausführungen von Herrn Feigl an und fragte, ob es möglich ist, die vorgesehenen 360.000 Euro um die Mittel zu verringern, die durch das geplante Marketingkonzept erwirtschaftet werden können.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Kostendarstellung eine Prognose für die Anschaffungskosten im Jahr 2027 abbildet. Eine Umsetzung wird zum konkreten Zeitpunkt nochmals mit aktuellen Kalkulationen unterlegt und zur Beschlussfassung in den Gremienlauf gebracht sowie entsprechend im Haushalt veranschlagt.

Herr Scholtyssek fragte, wie viele Lokomotiven für die Parkeisenbahn im Einsatz sind.

Herr Schwarz sagte, dass es sich derzeit um drei Lokomotiven handelt. Die Einsatzzeiten hängen von dem Besucheraufkommen ab.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Beschlussvorlage gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
(11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt den Oberbürgermeister mit der HAVAG den Vertrag zur Betriebsführung der Parkeisenbahn „Peißnitzexpress“ ab 01.01.2022 abzuschließen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, MitBürger & Die PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE zur Unterstützung der Forderungen des Behindertenbeirats zu mehr Barrierefreiheit auf dem Marktplatz
Vorlage: VII/2022/04081**

Da es keine Wortmeldungen zum Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, MitBürger & Die PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
(10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Verwaltung damit zu beauftragen, den Forderungskatalog des Behindertenbeirates der Stadt Halle (Saale) für „Mehr Barrierefreiheit auf dem halleschen Marktplatz“ auf Umsetzbarkeit, entstehende Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und die Voraussetzungen zur Realisierung der Einzelpunkte zu schaffen. Die Einzelpunkte sind:

- **Ein Blindenleitsystem auf dem Marktplatz.**
- **Ein Bürgerbriefkasten am Ratshof muss barrierefrei zugänglich sein.**
- **Die Straßenbahnhaltestellen auf dem Marktplatz müssen kontrastreich gestaltet werden.**
- **Der Zugang zum Stadthaus muss barrierefrei werden.**
- **Bei Veranstaltungen und Märkten müssen weniger oder zumindest überfahrbare Kabel verlegt werden.**

**zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Änderung einer Baulast auf dem Grundstück des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03811**

Frau Mark fragte, ob die antragstellende Fraktion den Antrag trotz der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung aufrechterhalten möchte.

Herr Wolter zog den Antrag im Namen der antragstellenden Fraktion zurück, da er sich aufgrund der neuen Stellungnahme der Verwaltung erledigt hat.

Frau Ranft fragte, wer die Einnahmen aus der Nutzung der Kurzzeitparkplätze erhält.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass das Mitteldeutschen Multimediazentrum als Eigentümer diese Einnahmen erhält.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH darauf hinzuwirken, dass folgender Beschluss gefasst wird:

~~Der Stadtrat bittet die Stadtverwaltung als Bauaufsichtsbehörde, Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH leitet unverzüglich ein Verfahren gemäß § 82 BauO LSA einzuleiten mit der Zielstellung, die Anzahl der als Baulast festgeschriebenen Kurzzeitparkplätze im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) auf dem Grundstück Mansfelder Straße 56 in 06108 Halle (Saale) von 90 auf 40 zu reduzieren. Die Bauaufsichtsbehörde wird gebeten, den Antrag wohlwollend zu prüfen.~~

**zu 6.9 Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP) und MitBürger & Die PARTEI zur Unterstützung des ASD
Vorlage: VII/2022/03998**

Frau Mark brachte den Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP) und MitBürger & Die PARTEI ein, begründete diesen und bat um Zustimmung.

Herr Krause sagte, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handelt und wies darauf hin, dass Werkverträge von zwei Seiten zu betrachten sind und nicht nur positive Aspekte entstehen. Er fragte, wie die Vergütung bei diesen Werkverträgen erfolgen soll.

Frau Dr. Schaarschmidt bat um Anpassung des Beschlussvorschlages hinsichtlich der konkreten Formulierung als Prüfauftrag.

Herr Bürgermeister Geier ergänzte, dass man den Ergebnissen des geplanten Workshops nicht vorgreifen möchte.

Herr Wolter sagte, dass der zuständige Fachausschuss bereits seine Entscheidung zu dem vorliegenden Antrag abgegeben hat und erklärte, dass der Antrag inhaltlich als Prüfauftrag zu werten ist, der keine finanziellen Auswirkungen hat.

Herr Krause schlug vor, im Protokoll festzuhalten, dass der Antrag vom Finanzausschuss als Prüfauftrag gesehen wird, da eine Umformulierung des Antragstextes schwierig erscheint.

Frau Mark sicherte eine entsprechende Anpassung des Antrages bis zur Stadtratssitzung am 22.06.2022 zu. Sie fragte, ob das Ergebnis der internen Prüfung bis November 2022 vorgelegt werden kann.

Frau Dr. Schaarschmidt sagte, dass das Ergebnis des geplanten Workshops im November vorgelegt werden kann. Das zu erarbeitende Konzept wird dann auf dieser Basis erstellt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zum Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP) und MitBürger & Die PARTEI gab, bat **Herr Scholtyssek** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
(11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert gemeinsam mit den Mitarbeitenden des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) ein Konzept zur Einbindung von Studierenden in die Tätigkeit des ASD mittels Werkstudentenverträgen zu entwickeln.

Als Grundqualifikation der Studierenden sind Studiengänge sozialer oder pädagogischer Fachrichtungen denkbar, welche mit einer weiteren fachlichen Einarbeitung und Schulung ergänzt werden können.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Projektanmeldung zur Realisierung des Grundsatzbeschlusses zum
prioritären Investitionsvorhaben Campus Neustadt im Rahmen des
Strukturwandelprozesses (VII/2021/02790)
Vorlage: VII/2022/04163**

Herr Bürgermeister Geier informierte zur Projektanmeldung zur Realisierung des Grundsatzbeschlusses zum prioritären Investitionsvorhaben Campus Neustadt im Rahmen des Strukturwandelprozesses.

Die Abstimmungen der Stadtverwaltung mit der GWG führten zu keinem Ergebnis, sodass die Stadtverwaltung einen eigenständigen Antrag einreichen wird. Die grundsätzliche Anmeldung des Projektes ist bereits erfolgt. Die Investitionsbank schätzte das Vorhaben positiv und förderfähig ein. Momentan erfolgen in einem Dialogverfahren zwischen der Stadt und der Investitionsbank Abstimmungen.

Diese Verfahrensweise soll durch eine verbindliche, schnelle Antragstellung möglichst die vorgesehenen, begrenzten Kohleausstiegsmittel für dieses Vorzeigeprojekt sichern.

Herr Dr. Thomas sagte, dass die Stadtverwaltung gemäß den Ausführungen die Rolle der GWG übernimmt, der Grundsatzbeschluss dennoch gilt und somit ein Grundstück erworben und zwei Stellen geschaffen werden sollen. Die Eigenmittel, die bisher die GWG einbringen und die Stadt lediglich refinanzieren sollte, müssen nun entsprechend im Haushalt abgebildet werden. Er bat um Erklärung, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die neue Situation entsprechend des Grundsatzbeschlusses geprüft wird und sofern notwendig eine Beschlussvorlage erarbeitet und vorgelegt wird. Die Mitteilung dient lediglich als Information zum Verfahrensstand. Die Kosten werden im Zuge der Haushaltsplanung dargestellt. Er wies darauf hin, dass über den erforderlichen Eigenanteil hinaus keine Mehrbelastung hieraus resultiert, da das Projekt durch Fördermittel umgesetzt werden soll.

Herr Wolter fragte, wann die neue Vorlage vorgelegt wird oder ob es lediglich eine veränderte Darstellung im Haushalt geben wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es sofern notwendig eine Beschlussvorlage zur inhaltlichen Korrektur geben wird und selbstverständlich die finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Haushaltsplanung 2023 dargestellt werden. Zur Beschlussvorlage bedarf es noch interner Abstimmungen.

Frau Ranft bat darum, weiterhin an dem Projekt festzuhalten.

zu 7.2 Information zum neuen Finanzausgleichsgesetz

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass der Landtag Änderungen beim Finanzausgleichsgesetz (FAG) beschlossen hat. Dazu gab es eine verbindliche Mitteilung vom Land mit folgenden wesentlichen Punkten für die Stadt Halle (Saale):

Im Ergebnishaushalt werden 12,3 Mio. Euro an Mehrerträgen veranschlagt, die bisher nicht geplant waren, da in der Planungsphase des Haushaltes die Änderungen beim FAG nicht absehbar waren. Andererseits werden aber 1,4 Mio. Euro weniger Erträge über die Kommunalpauschale festgesetzt.

Diese Entscheidung im Landtag mindert entsprechend das im Haushalt 2022 ausgewiesene Defizit.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Einnahmen aus dem Betrieb der MMZ-Tiefgarage** **Vorlage: VII/2022/04110**

Die Antwort der Verwaltung wurde in Session hinterlegt und zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 **Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einer Baulast auf dem Grundstück des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2022/04148**

Die Antwort der Verwaltung wurde in Session hinterlegt und zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 **Herr Krause zum RAW-Gelände und zum Star Park II**

Herr Krause bezog sich auf das RAW-Gelände und den Star Park II und fragte, wie hoch die Qualität der Zusage des Bundes an Fördermitteln für diese Projekte ist und ob der Eigenanteil der Kommune gesichert ist.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Zusage des Bundes für die drei Leuchtturmprojekte hoch verbindlich ist und hierfür eine schriftliche BAFA Zertifizierung vorliegt, sodass alle drei Projekte mit den entsprechend beantragten Fördermittelsummen reserviert sind.

Er erklärte außerdem, dass der Eigenanteil der Kommune abgesichert ist und dieser über die EVG dargestellt und abgewickelt wird.

Herr Scholtyssek wies darauf hin, dass der Fond für den Kohleausstieg und Strukturwandel des Bundes begrenzt ist und sich die Zusage daher auf eine feste Summe bezieht. Sollte es zu Kostensteigerungen kommen, müssen diese wahrscheinlich durch die Stadtverwaltung getragen werden.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass dies grundlegend mit dem Bund und dem Land zu klären ist, jedoch die Mehrkosten nicht automatisch durch die Kommune zu decken sind.

zu 8.4 **Herr Krause zu Auswirkungen bezüglich der Entwicklung des Leitzinses der EZB**

Herr Krause bat um Einschätzung der Auswirkungen der bevorstehenden Anhebung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank auf die Haushaltsentwicklung der Stadtverwaltung.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Zinsentwicklung von der Einpreisung der Leitzinsanhebung bei den Banken abhängig ist, bei denen die Stadtverwaltung Finanzierungen eingegangen ist bzw. künftig eingehen wird.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Wolter zur AG Haushaltskonsolidierung

Herr Wolter bezog sich auf die AG Konsolidierung und regte an, diese kurzfristig und temporär in einen Unterausschuss umzuwandeln, um die Beratungen zum Haushalt in einem entsprechenden formalen Rahmen vorzunehmen.

Herr Bürgermeister Geier nahm die Anregung zur Kenntnis. Er begrüßte jedoch die bisherige Vorgehensweise in der Arbeitsgruppe und verwies in diesem Zusammenhang auf den formalen Aufwand, der mit der Bildung eines Unterausschusses einhergeht.

Frau Ranft erklärte, dass sie die Beweggründe der Anregung nachvollziehen kann, aber dennoch den nicht öffentlichen Rahmen der Arbeitsgruppe für die Beratungen zur Haushaltskonsolidierung beibehalten möchte, um erst mit den finalen Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Herr Krause sagte, dass das Format für ihn grundlegend zweitrangig ist. Er sprach sich jedoch für die Beteiligung aller Mitglieder des Finanzausschusses aus. Er bat darüber hinaus um Beratung dieser Anregung im morgigen Hauptausschuss.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Scholtyssek** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin